

(Abgeordneter Nitzsche [Leuzsch].)

(A) zu sorgen haben, daß der Staat in weitaus höherem Maße eintritt. Wir meinen, daß das schon notwendig ist, um der Unsicherheit und Ungewißheit ein Ende zu machen. Es wurde von dem Herrn Vizepräsidenten darauf hingewiesen, daß der Fall eingetreten ist, daß ein Sohn nicht die Erbschaft antreten wollte, weil die Zustände ihm ungewiß erschienen. Ich kann ähnliche Vorgänge nur bestätigen, und zwar aus einer ganzen Reihe von Fällen, die ich nachgeprüft habe. Sehr oft ist der Verkauf einzelner Grundstücke überhaupt unmöglich gewesen. Es ist ganz selbstverständlich, und es ist ja auch nur vorsichtig, wenn sich ein Käufer genau erkundigt, welche Lasten auf einem Grundstücke liegen. Wenn auf diese Frage der Verkäufer nur sagen kann: „Gewiß, es liegen Lasten darauf, aber ich kann heute noch nicht sagen, in welcher Höhe“, dann, meine ich, wird der Verkauf durchaus erschwert, und schon von diesem Gesichtspunkte aus wäre es wünschenswert, wenn der Staat ein- für allemal durch die Übernahme der Instandsetzung diesen unsicheren und ungewissen Zustand beseitigte.

Das sind die beiden Hauptfragen, zu denen ich mich zu äußern hatte. Im übrigen schließe ich mich im Namen meiner politischen Freunde den Ausführungen des Begründers der Interpellation an und brauche wohl von dem Gesagten nichts zu wiederholen.

(B) Auf den Antrag Dr. Roth möchte ich nur mit wenigen kurzen Worten eingehen. Meine Herren! Wir verkennen durchaus nicht die schwierige Lage, in der sich die Gemeinden sehr oft befinden, wenn es sich darum handelt, für ihre Gemeindemitglieder die Versorgung mit einwandfreiem, gutem Trinkwasser zu erreichen. Aber wir sind doch der Meinung, daß es zu weit führen würde, nun den Gemeinden die Zulässigkeit des Enteignungsrechts auf alle Fälle zu geben. Es würde sehr oft der Fall eintreten, daß Eingriffe in teuer erworbene Rechte zu verzeichnen wären. Es würde auch vielleicht der Fall eintreten, daß eine Gemeinde einer anderen Gemeinde, die vielleicht einen größeren Anspruch auf die betreffenden Quellen hat, dann durch Kauf zuvorkäme.

(Sehr richtig!)

Außerdem meinen wir, daß zunächst abzuwarten ist, wie sich die ganze Talsperrenpolitik entwickelt. Wir sind bei Einleitung dieser Frage und bei Unterstützung der ganzen Talsperrenpolitik in allererster Linie von der Voraussetzung ausgegangen, daß es möglich sein wird, das ganze Land mit gutem Trinkwasser zu versorgen. Wenn das erreicht werden sollte, ergibt sich die Lösung der Frage von ganz allein. Zunächst fassen wir Beruhigung bei der Erklärung des Herrn Ministers, der zum Aus-

druck gebracht hat, daß die Königliche Staatsregierung, (C) soweit sie in der Lage dazu ist, überall Entgegenkommen zeigen wird, wenn es sich darum handelt, in besonders schwierig gestalteten Fällen den Gemeinden entgegenzukommen.

(Bravo!)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nitzsche (Dresden).

**Abgeordneter Nitzsche (Dresden):** Meine Herren! Zunächst einige Worte zu dem Antrage des Kollegen Dr. Roth! Wir werden für diesen Antrag bedingungslos eintreten und ihn fördern, soweit es uns möglich ist. Wir sind der Ansicht, daß das Enteignungsverbot vollständig unnötig ist, daß es andererseits leicht auch zu Schwierigkeiten für die Gemeinden bei ihrer Wasserversorgung führen kann. Wir glauben aber andererseits nicht, daß die Befürchtungen besonders ernst zu nehmen sind, die der Herr Minister angeführt hat und auf die auch der Herr Vorredner zu sprechen gekommen ist. Wer das Enteignungsverfahren, das da angewendet werden würde, sobald das Enteignungsverbot aufgehoben würde, einigermaßen kennt, der weiß, daß es mit so viel Kautelen umgeben ist, daß die Befürchtungen gar nicht eintreten können, die im Interesse der Landwirtschaft und Forstwirtschaft geltend gemacht worden sind. Man geht so sicher und (D) stattet den Eigentümer mit so weitgehenden Schadenersatzansprüchen aus, daß eine Schädigung ausgeschlossen erscheint.

Wie ist es denn heute, meine Herren, wenn eine Gemeinde genötigt ist, das Enteignungsverfahren einzuleiten? Da hat sich gezeigt, daß die Schadenersatzansprüche von den Gerichten in so weitgehendem Maße anerkannt werden, daß ein Erwerb im Wege des Enteignungsverfahrens insolgedessen in der Regel teurer zu stehen kommt, als wenn man einen überhöhen Preis von vornherein bezahlt. Bei solchen Erfahrungen, bei solchen rechtlichen Zuständen im Falle von Enteignungen erscheint wirklich keine Befürchtung der angedeuteten Art berechtigt.

Wir werden also für diesen Antrag stimmen und können nur wünschen, daß die Regierung alsbald Schritte tun möge, daß eine gesetzliche Änderung im Sinne des Antrags eintritt.

Wie es den Anschein hat, ist die Regierung darüber selbst geteilter Meinung. Aus den Darlegungen des Ministers schien mir hervorzugehen, daß die Widerstände gegen die Aufhebung des Enteignungsverbots hauptsächlich oder ausschließlich im Finanzministerium zu suchen sind, daß auch im Ministerium des Innern die Überzeugung von der Notwendigkeit des Enteignungsverbotes besteht. Ich bin überzeugt, wenn man die Frage vorurteilslos betrachtet,